

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 1. November 1930

Neuwahlen in Amerika.

(Von unserem Korrespondenten.)

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Washington, Ende Oktober (Eig. Ber.)

Die Wahlen zum 72. amerikanischen Bundeskongress stehen vor der Tür. Am 4. November wird die amerikanische Nation Gelegenheit haben, sich über die künftige Zusammensetzung der beiden gesetzgebenden Häuser, des Bundessenats und des Repräsentantenhauses, klar zu werden und der wie in der übrigen Welt so auch hier aufgesammelten politischen und wirtschaftlichen Unzufriedenheit Luft zu machen.

Jedoch das Problem so formulieren heisst es leugnen. Von bewussten Wahl-äusserungen politischer und wirtschaftlicher Unzufriedenheit kann hierzulande keine Rede sein, soweit sie eben nicht aus sozialistischen und anderen Kreisen mit bestimmten programmatischen Forderungen kommen. Der Rest ist Wahlmache und einzig dazu bestimmt, den Wähler in das republikanische Regierungslager oder in das oppositionelle Lager der Demokraten zu lotsen. Unter diesen Voraussetzungen erscheint die allgemeine Wahlapathie, die von beiden Parteien offenzugegeben wird, nur zu verständlich. Sie ist ein Beweis mehr, dass die amerikanische Nation bis heute noch nicht verstanden hat, sich mit grundlegenden Übeln ökonomischer und politischer Natur radikal auseinanderzusetzen und sie mit Hilfe des Stimmzettels zu korrigieren.

Die letzten Präsidentschaftswahlen des Jahres 1928 brachten infolge der Bedeutung der aufgeworfenen Fragen und der auf beiden Seiten herrschenden Bitterkeit die bisher unerreichte Rekordziffer von 37 000 000 Wählern auf die Beine. Aber selbst diese 37 Millionen machten kaum 60 Prozent der amerikanischen Wahlberechtigten aus. Ueber 40 Prozent der Wählerarmee hatten vorgezogen, zu Hause zu bleiben und die ihnen vorgelegte Entscheidung über wichtigste nationale Fragen einfach zu ignorieren.

Um wie viel mehr muss dieses mangelnde Interesse in einem Jahre zutreffen, wo es nicht um die Besetzung des Präsidentsessels und die vierjährige Festlegung auf einen bestimmten Parteienkurs, dafür aber um das Mächteverhältnis im Bundeskongress geht?! Die Parteien wissen das auch und sind mit Hilfe der grossen Presse bemüht, das Interesse der Wähler auf wichtige innerpolitische Probleme wie Prohibition, Sozialversicherung, Wirtschaftskrise usw. zu konzentrieren und sie damit an die Wahlurnen zu bringen. Es ist sicherlich interessant, dass die amerikanischen Blätter in diesem Zusammenhange auf die überaus starke Wahlbeteiligung bei den deutschen Reichstagswahlen hinweisen und sie dem amerikanischen Wähler als Muster vorhalten. Aber der amerikanische Wähler ist nun einmal anders. An Präsidentschaftswahlen mit ihrem Persönlichkeitsappell und ihrem individualistischen Anstrich beteiligt er sich, aber die Kongresswahlen vergisst er, obgleich beide Wahlakte sich gegenseitig ergänzen und von der harmonischen Zusammenarbeit der Exekutivgewalt mit den parlamentarischen Kräften die Wohlfahrt des Landes abhängt.

Für die Parteien ist das Bild natürlich klar. Sie wissen, dass die Wahlen des Jahres 1930 einen guten Gradmesser für die Präsidentschaftswahlen im Jahre

1932 abgeben und dass aus ihnen mit ziemlicher Sicherheit die künftige Entwicklung gefolgert werden kann. Alle Anzeichen lassen auf starke Gewinne der demokratischen Partei schliessen und massgebende Beobachter gehen sogar so weit, eine demokratische Majorität im künftigen Repräsentantenhaus zu prophezeien. Im demokratischen Lager hofft man insgeheim auf keine Riesenerfolge, da eine Majorität nur zu leicht zu einem Rückschwung des Pendels in 1932 und zur Versorgung der jetzt unterliegenden republikanischen Partei mit bequemen Wahlar- gumenten führen kann. Wie dem auch sei, die Spekulationen sind nutzlos, da der neugewählte Bundeskongress mit seiner starken Hinneigung zur Oppositions- partei verfassungsmässig erst am 4. März 1931 sein Amt antritt und sich erst im folgenden Dezember zur ordentlichen Tagung versammelt. Bis dahin übt der gegen- wärtige Kongress seine Rechte aus, und man kann sich leicht vorstellen, welche Schwierigkeiten sich aus dieser Zwitterstellung eines geschlagenen und noch im Amte befindlichen Parlaments ergeben können. Seit Jahren liegen dem Bundesse- nat Anträge auf Abstellung dieses Uebelstandes und sofortige Uebernahme der Macht durch den neugewählten Kongress vor, aber bisher sind keine bindenden Beschlüsse gefasst worden.

Amerika fühlt seine Wirtschaftskrise mit ihren Begleiterscheinungen des Massenelends und der Arbeitslosigkeit, aber von dem amerikanischen Wähler ausse Machtverschiebungen im Lager der bürgerlichen Parteien, die sich wie ein Ei den anderen gleichen, etwas Positives zu erwarten, wäre zu viel verlangt. Die Sozialisten werden mit einer starken Gefolgschaft rechnen können, aber von wirkliche Gewinnen kann, neben der Entsendung einiger weniger Abgeordneter in das Reprä- sentantenhaus im besten Falle, keine Rede sein. Das ist nur selbstverständlich in einem Lande, wo die organisierte Arbeiterschaft politisch neutral beiseite steht und ihre Stimmen in Wahlzeiten an die meistbietende bürgerliche Partei gegen imaginäre Zusicherungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte verschächert. Vom sozialistischen Standpunkte kann es gleichgültig bleiben, ob der Bundes- kongress eine republikanische oder demokratische Mehrheit besitzt. Die Erfah- rungen haben deutlich bewiesen, dass die mit so vielen Argumenten und sittli- cher Entrüstung bereitstehende bürgerliche Opposition sich überraschend schnell änderte, sobald sie erst einmal zur Macht gelangt war. Von der Einlösung der an die Arbeiterschaft gegebenen Zusicherungen konnte nur in seltenen Fällen die Rede sein.

Der Haken der amerikanischen Demokratie liegt nicht in der Verfassung und in den parlamentarischen Institutionen. Er liegt beim Wähler, der sich sehr viel auf seine öffentliche Macht und seine demokratischen Rechte einbildet, aber von ihnen nur in den seltensten Fällen und dann in dümmster Weise Ge- brauch macht. Das Gefäss der amerikanischen Demokratie ist schon da; was ein- zig fehlt, ist seine Füllung mit warmem sozialem Inhalte und die Erziehung der amerikanischen Massen zur Verantwortlichkeit.

SPD. Als eine "geistige Revolution" hat Hitler kürzlich in Ulm das Ziel der Nationalsozialisten bezeichnet. Den Luxus, mit "geistigen" Waffen zu kämpfen, kann man sich ja auch gestatten, bis man so weit ist, dass die "Köpfe" rollen". Man hat zunächst mit der Kultur der Phrase begonnen, die im "Völki- schen Beobachter" und anderen Naziblättern üppig gedeiht, wie die Gurke im Frühbeet. Aber schliesslich nützt sich die Zeitungsphrase ab, und die grosse Gemeinde derer, die nicht alle werden, will so etwas wie Taten sehen. Nicht al- lein Schiessereien und Messerstechereien - sondern irgend etwas, was nach "Kultur" riecht: sonst wäre das "Dritte Reich" auch gar zu ungemütlich.

+ + +

Der "Nazi" will sich schon durch seine Kleidung von den "materialisti- schen Untermenschen" unterscheiden. "Deutsche! Tragt Deutsche Tracht!" schreit es uns aus dem Inseratenteil der Hakenkreuzblätter entgegen. Da hat sich in Berlin eine "Gemeinnützige G.m.b.H." aufgetan, die gegen Monatsraten "Deutsche

Tracht" liefert. Man denkt an germanische Bärenfelle und kreuzweis ums Bein gebundene Sandalen. Aber nichts dergleichen wird uns angeboten. O Schmach und Schande: "Sportanzug aus graubraun meliertem Sport-Cheviot, Sacco mit 4 aufgesetzten Taschen, Hose Breeches oder Golfhose; Modell 2 aus Whipcord mit flottem Überkaro, Ulster für jede Jahreszeit" ... Da müssen wir uns also für unsere "Deutsche Tracht" die Bezeichnungen von dem elenden Krämervolk ausborgen, das uns in die Ketten des Youngplans geschmiedet hat! Es ist Zeit, dass sich die Nazi-"Zeugmeistereien" an die Reinigungsarbeit machen.

+ + +

Neuerdings gibt es im Berliner Wallnertheater eine "Nationalsozialistische Volksbühne". Als Eröffnungsvorstellung sind "Die Räuber" angesetzt. Man beabsichtigt "den Aufbau wahrer deutscher Theaterkunst im Sinne der Schillerischen Nationalbühne". Das hätte der arme Dichter wissen sollen! Er hätte sich bestimmt gehütet, mit "Kabale und Liebe" die versumpften Fürstenhöfe und ihren Militarismus zu geißeln. In Aussicht genommen sind ferner "Klaus von Bismarck", "Fritzische Rebellion", "Der König", "Das letzte Aufgebot". Soll sich dafür der kleine Mann begeistern?

Ausserdem lassen Titel wie "Die Räuber" und "Das letzte Aufgebot" fatale Deutungen zu. Wie wir hören, soll auch "Der Idiot" in Vorbereitung sein....

SPD. Prag, 1. November (Eig. Drahtb.)

Die tschechische Rechts- und Linkspresse verurteilt die Ausführungen des Reichsaussenministers Curtius über die antideutschen Kundgebungen in Prag vor dem Reichsrat einmütig. Selbst das Organ der Prager Deutschen, das "Prager Tageblatt" bezeichnet die Rede als unerwünschte Episode.

Das sozialdemokratische "Pravo Lidu" nennt die Rede kurios und unter dem Einflusse der in Deutschland von den Hakenkreuzlern geschaffenen Atmosphäre gehalten. Sie überrasche vor allem durch ihre erstaunliche Uninformiertheit. Curtius sei es allem Anschein nach nicht bekannt, dass die Prager Vorgänge von einer bedeutungslosen destruktiven Gruppe inszeniert worden seien, die man nicht mit dem ganzen tschechischen Volke und dem tschechischen Staat in Zusammenhang bringen dürfe. Von einer Unterdrückung der deutschen Kultur in Prag könne nicht gesprochen werden, da in Prag am meisten deutsche Kulturerzeugnisse gefördert wurden. Bedauerlich sei es, dass Curtius sich mit dem nationalen Boykott solidarisch erklärt habe und ihn sogar auf Sport und andere Gebiete erweitern wolle.

SPD. In der rechtsstehenden bürgerlichen Presse wird im Kampf gegen die Sozialdemokratie folgende u.W. zuerst in der deutschnationalen "Schlesischen Zeitung" (Breslau) veröffentlichte Notiz verbreitet:

"In der Zeitschrift "Die Gemeinde", herausgegeben vom Parteivorstand der Partei des preussischen Ministerpräsidenten wird über eine sozialdemokratische Kommunaltagung am Rhein, zu der auch Franzosen eingeladen waren, berichtet: Man stieg die Hänge des Niederwaldes empor. Aber angesichts des (deutschen National) Denkmals sang man nicht etwa: "Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein", sondern die Hände schlossen sich zu einer Kette zusammen und fremde und deutsche Delegierte sangen brüderlich vereint die Internationale. Pfui Teufel über solche nationale Ver lumpung!"

Dazu ist mitzuteilen, dass in den bis jetzt vorliegenden 7 Jahrgängen der Zeitschrift "Die Gemeinde" auf keiner Seite der oben angeführte Bericht gedruckt wurde. Im Rheinland ist eine sozialdemokratische Kommunalkonferenz, bei der mit ausländischen Delegierten ein Aufstieg zum Niederwalddenkmal unternommen wurde, überhaupt nicht bekannt. Die Behauptungen der bürgerlichen Presse sind aus Hass gegen die Sozialdemokratie glatt aus den Fingern gezogen. Pfui Teufel über solche moralische Ver lumpung!

SPD. Braunschweig, 1. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der braunschweigische Naziminister Franzen hat folgende Verfügung erlassen
"Mein am 23. Oktober dieses Jahres erlassenes Verbot von Umzügen und öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel hebe ich hiermit auf, nachdem die Voraussetzungen dafür fortgefallen sind."

Voraussetzungen für das Verbot waren überhaupt niemals gegeben. Die öffentliche Ruhe und Sicherheit war in Braunschweig niemals gestört. Nachdem sich aber Franzen überzeugt hat, dass die braunschweigische Sozialdemokratie jetzt im ganzen Freistaat Riesenversammlungen veranstaltet, gegen die er doch nicht aufkommen kann, hat er das Verbot aufgehoben. Auch das Reichsbanner hat in der Zwischenzeit grosse Kundgebungen veranstaltet, denen neue folgen werden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Preussische Staatsanwaltschaften haben in einer Reihe von Fällen, in denen der thüringische Innenminister Dr. Frick Strafanzeige auf Grund des Republikschutzgesetzes erstattet hatte, ein Einschreiten wegen Vergehens gegen dieses Gesetz abgelehnt, weil eine Beziehung zwischen der gegen Dr. Frick gerichteten Ausserung und der verfassungsmässig festgestellten republikanischen Staatsform nicht nachweisbar war. Denn die Beschimpfung oder Verleumdung eines Mitgliedes der Reichs- oder Landesregierung ist nach dem Republikschutzgesetz nur strafbar, wenn durch diese Beschimpfung oder Verleumdung gleichzeitig die republikanische Staatsform herabgewürdigt wird, nicht aber, wenn sich der Angriff nur gegen die Person des Ministers richtet. Wegen rein persönlicher Beleidigung des Ministers Dr. Frick (§§ 185 ff STGB) haben preussische Staatsanwaltschaften in einer Reihe von Fällen die Erhebung der öffentlichen Klage auf den von Dr. Frick gestellten Strafantrag nach Prüfung des Sachverhalts mangels öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung abgelehnt. Solche Entscheidungen der Staatsanwaltschaft zu missbilligen, hat der Preussische Justizminister keinen Anlass gefunden."

SPD. Dresden, 1. November (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend weilender Reichskanzler und der Reichsfinanzminister in Dresden. Halbamtlich wird dazu mitgeteilt, dass die Besprechungen mit der sächsischen Regierung durch eine Schilderung des sächsischen Ministerpräsidenten Schieck über die Nöte Sachsens eingeleitet wurden. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dr. Dietrich führten aus, dass es nach der Gesamtlage darauf ankomme, das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschaft und Finanzpolitik zu befestigen. In diesem Sinne sei der Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung als einheitliches Ganzes zu würdigen. Beschlüsse würden im Verlauf der Besprechungen nicht gefasst. Die Aussprache diene vielmehr einem vertraulichen Gedankenaustausch über die wichtigsten Probleme des Reformplanes der Reichsregierung, dessen Einzelberatung im Reichsrat für Anfang nächster Woche bevorsteht. U.a. trug Ministerpräsident Schieck während der Besprechungen unter Bezugnahme auf den kürzlich vom sächsischen Landtag gefassten Beschluss den Wunsch vor, sobald als möglich zu einer Revision der deutschen Tributverpflichtungen zu gelangen.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstages ist für Mittwoch den 12. November einberufen worden. Hauptgegenstand der Beratungen des Ausschusses wird die Nötverordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom Juli sein, zu der Aufhebungsanträge von den Kommunisten, den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen vorliegen. Ferner hat die Wirt-

schaftspartei die Aufhebung der Teile der Notverordnung beantragt, die sich mit Getränkesteuern befassen. Darüber hinaus wird sich der Ausschuss mit den Anträgen der Nationalsozialisten und Kommunisten auf Aufhebung des Erlasses des Finanzministers über die Kürzung der Bezüge der Reichsangestellten um 6 % beschäftigen, ferner mit einem kommunistischen Antrag auf Auszahlung einer Winterbeihilfe an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner.

SPD. Paris, 1. November (Eig. Drahtb.)

In den letzten Tagen ist im französisch-italienischen Flottenstreit eine Vermittlungsaktion eingeleitet worden, an der u. a. auch der amerikanische Botschafter in Brüssel Gibson beteiligt ist. Nach Mitteilungen aus dem französischen Lager scheint aber auch diese Aktion von dem gleichen geringen Erfolg gekrönt zu sein wie die früheren Versuche Englands.

Man behauptet in Paris, dass Gibson seine Aktion in vollkommener Unkenntnis der wahren Lage der Dinge unternommen habe, da man in Washington durch gewisse italienische Einflüsterungen falsch unterrichtet worden sei. Italien habe glauben machen wollen, dass es sich mit der "theoretischen Parität" begnüge, d. h. eine Formel annehmen würde, die seiner Prestigeforderung nach ausser Genugtuung gebe, dass es dagegen praktisch Frankreich eine gewisse Überlegenheit zugestehen wolle. Der gleiche Vorschlag sei aber, wie man in Paris betont, gerade noch vor wenigen Wochen in Genf von dem italienischen Aussenminister Grandi rundweg abgelehnt worden. Ausserdem genüge es nicht, wenn man Frankreich eine "inoffizielle", sozusagen heimliche Ueberlegenheit zubillige. Frankreich brauche mindestens 240 000 Tonnen mehr Schiffsraum als Italien und zwar 140 000 Tonnen, um die deutsche Flotte in Schach zu halten und 100 000 Tonnen, um sein Kolonialreich zu decken. Jeder Vermittlungsversuch sei daher von vornherein mit allergrösster Skepsis aufzunehmen, da sich die beiden Länder auf der Londoner Konferenz auch nicht um Haarsbreite nähergekommen seien.

Im übrigen scheint man hier in Paris an einer Neubelebung der Flottenkontroverse mit Italien nicht den geringsten Gefallen zu haben. Obwohl man sich bewusst ist, dass Frankreich auf der bevorstehenden Abrüstungstagung des Völkerbundes einem gemeinsamen Angriff von England, Amerika, Italien und Deutschland ausgesetzt sein werde und es eventuell auch für einen Misserfolg der Abrüstungsbemühungen verantwortlich gemacht werden könnte, zeigt man sich zum Entgegenkommen umso weniger geneigt, als man sich auf die neue Hetzrede Mussolinis und die verworrenen Verhältnisse in Mitteleuropa berufen zu können glaubt

SPD. Die Reichsregierung wird dem Reichsrat am kommenden Dienstag in einer öffentlichen Sitzung ihr Reformprogramm vorlegen. Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister werden das Reformprogramm begründen.

SPD. Paris, 1. November (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend veranstaltete die deutsche Kolonie in Paris eine Gedächtnisfeier für die im Weltkrieg in französischer Gefangenschaft verstorbenen deutschen Soldaten. Mit grosser Genugtuung und Dankbarkeit stellten die Besucher fest, dass infolge der freundschaftlichen Zusammenarbeit der deutschen Kriegergräberverwaltung und der französischen Behörden sich die Mehrzahl der Soldatengräber in tadellosem Zustand befindet, ja sogar viele bescheidene Holzkreuze durch kleine Grabdenkmäler ersetzt worden sind.

Der deutsche Botschafter von Hoesch, der auf dem Friedhofe von Ivry die Gedächtnisrede hielt, erinnerte im Anschluss daran an das Werk Stresemanns,

dessen Friedenspolitik in der Räumung des Rheinlandes ihre Krönung gefunden habe und betonte, dass nicht eine Politik der Abenteuer, sondern nur eine Politik des Vertrauens und der Beständigkeit Deutschland aus der augenblicklichen Misere heraus zur vollen Freiheit und zur Wiedererlangung seiner Weltgeltung führen könne.

SPD. Antlich wird mitgeteilt: "In Nikolaiken, Kreis Stuhm, hat sich ein bedauerlicher Zwischenfall ereignet. Das Gebäude der dortigen polnischen Minderheitsschule, sowie Fenster und Zäune an verschiedenen Privathäusern sind von bisher unbekanntem Tätern zum Teil stark beschädigt worden. Die Ursache dieser Vorkommnisse scheint in privaten Familienstreitigkeiten zwischen den Bewohnern des Hauses, in dem die Minderheitsschule sich befindet, zu liegen; diese Bewohner gehören der polnischen Minderheit an. Die bevorstehende Notwendigkeit, für den polnischen Lehrer eine Wohnung freizumachen, scheint ein weiterer Grund für die Ausschreitungen gewesen zu sein. Jedenfalls sind polenfeindliche Momente nicht mit im Spiele gewesen. Der polnische Lehrer in Nikolaiken hat selbst dergleichen Beweggründe für ausgeschlossen erklärt. Die Untersuchung des Falles ist eingeleitet worden."

SPD. Rom, 1. November (Eig. Drahtb.)

Eine italienische Delegation, die zu Verhandlungen über eine Anleihe von drei Milliarden Francs in Paris weilte, ist unverrichteter Dinge nach Rom zurückgekehrt. Man führt für das Scheitern der Verhandlungen u. a. politische Schwierigkeiten an.

SPD. Prag, 1. November (Eig. Drahtb.)

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei beziffert sich gegenwärtig auf über 200 000 gegenüber 35 000 im Oktober vorigen Jahres. Die tschechischen Eisenbahnen werden angesichts der Arbeitslosigkeit in allernächster Zeit 12 000 Arbeiter und Angestellte entlassen.

SPD. Genf, 1. November (Eig. Drahtb.)

30 Italiener, die in den letzten Tagen über den kleinen St. Bernhard wollten, sind auf dem Marsche über die Eis- und Schneefelder in die grössten Schwierigkeiten geraten. 14 von ihnen erfroren. Der Rest wurde in halberfrorenem Zustande von schweizerischen Grenzbeamten aufgefunden und per Eisenbahn nach Italien zurückbefördert.

SPD. Amsterdam, 1. November (Eig. Drahtb.)

Eine furchtbare Katastrophe ereignete sich infolge eines Erdbebens in dem Bergland von Soekaboemi auf Sumatrat. 16 Wohnungen eines indonesischen Dorfes wurden durch das niederstürzende Gestein vernichtet. Acht Männer, ebensoviel Frauen und zahlreiche Kinder fanden den Tod. Der Erdbeben ist auf den gewaltigen Sturzregen zurückzuführen, der in der letzten Zeit in dem Unglücksgebiet niederging.

SPD. Der Wirtschaftspartei droht zur Zeit das gleiche Schicksal, von dem bis jetzt fast alle Parteineugründungen der Nachkriegszeit ereilt worden sind. Auch in ihren Reihen prallen seit Jahren starke Widersprüche aufeinander, ohne dass der Streit der Richtungen vorerst jedoch zu Absplitterungen oder Aus-
tritten führender Persönlichkeiten, wie es z.B. bei anderen Parteien der Fall gewesen ist, geführt hätte. Mit dem Eintritt der Wirtschaftspartei in die Regierung Brüning haben sich die Differenzen innerhalb dieser Organisation wesentlich vergrößert, sind die Meinungen stärker denn je aufeinandergeprallt. Vergeblich hat die Führung der Wirtschaftspartei den Versuch gemacht, die Wogen durch Zurückziehung des wirtschaftsparteilichen Justizministers Dr. Bredt zu glätten. Der Reichspräsident wandte sich gegen die Wirtschaftspartei und ihre Forderung, Bredt blieb und verwaltet noch heute gegen den Willen der Führung seiner Partei die Reichsjustiz.

Auf kurz oder lang mussten die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Wirtschaftspartei offen zum Ausbruch kommen und es war nach der Desavouierung des Herrn Bredt durch seine eigene Partei nur noch eine Frage der Zeit, wann der Sturm gegen die Richtung Drewitz von der Richtung Colosser eingeleitet werden würde. Jetzt ist es so weit. Der zweite Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Colosser hat aus Protest gegen die Politik des Herrn Drewitz und deren rücksichtslose Vertretung durch ihn sein Amt zur Verfügung gestellt. Dem Amtsverzicht wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen der Austritt Colosser aus der Wirtschaftspartei folgen. Kein Zweifel, dass die Wirtschaftspartei in ihrem Bestand bedroht ist. Colosser vertritt ebenso wie Drewitz eine Richtung innerhalb der Wirtschaftspartei, er hat ebenso wie sein Gegner zahlreiche Anhänger. Werden sie ihrem Führer folgen, werden sie den Kampf mit Colosser gegen Drewitz aufnehmen? Davon hängt es ab, ob die Wirtschaftspartei sich in nächster Zeit spalten und eine grössere Zahl von Abgeordneten zu einer anderen Parteigruppe stossen oder als neues Parteigebilde in Erscheinung treten wird.

Die Wirtschaftspartei, gross geworden in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit durch Negation und masslose Kritik, hat ihren Höhepunkt längst überschritten. Schon die letzten Reichstagswahlen haben gezeigt, dass auch die Bäume des Herrn Drewitz nicht in den Himmel wachsen. Die Wirtschaftspartei befindet sich auf der absteigenden Linie. Jetzt gesellt sich zu den organisatorischen Schwierigkeiten ein schwerer innerer Konflikt. Warten wir ab, ob und zu wessen Gunsten dieser innerparteiliche Streit überstanden wird.

SPD. Paris, 1. November (Eig. Drahtb.)

Der "Intransigeant" meldet aus New-York, dass sich Anfang nächster Woche der Gouverneur der Föderal-Reserve-Bank in New York Harryson nach Europa einschiffen werde, um mit den Notenbankpräsidenten von Berlin, Paris und London Besprechungen abzuhalten.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Baumeister Dietrich fällt unter die Räuber.

Gefährliche Abenteuer eines Animierten - "Immertreu" und die Versuchung durch eine gespickte Brieftasche - Csymala, der König des Schlesischen Bahnhofs. -

SPD. Grosser Tag in Berlin=Moabit. Die Unterwelt vom Schlesischen Bahnhofsviertel gibt sich in den düsteren Gängen des unschönen Justizpalastes ein aufgeregtes Stelldichein. Die Nachfrage nach Zuschauerplätzen ist ganz enorm, natürlich bewirbt sich vor allem die Kriminalelite um die wenigen Sitze, die sonst mehr von den jüngeren Däxsen, auch Kriminalstudenten genannt, besetzt werden.

Apachen oder Kleinbürger?

Auf den Gängen stehen die Prozesszeugen und Interessenten herum, sehr bürgerlich angetan und keineswegs den romantischen Vorstellungen gleichend, die sich der sensationshungrige Hinterwäldler von den Apachen der Millionenstadt zu machen pflegt. Die "Apachen" von Berlin sind meist labile, verängstigte und auch verbitterte Existenzen, die halb aus Trotz, halb aus Gewohnheit, aber natürlich auch aus krimineller Veranlassung, immer wieder in Reibung mit vielen Paragraphen des Strafgesetzbuches geraten.

Der Ueberfall in der Zuhälterdestille.

Man erinnert sich noch jenes mysteriösen wildwestlichen Ueberfalls, der vor einigen Monaten am Schlesischen Bahnhof auf den angeblichen Baumeister Dietrich verübt wurde. Herr Dietrich, der sich jetzt vor Gericht als scheuer und unwilliger Stammtischbürger gibt, der am liebsten seine Ruhe haben möchte, ist selbst eine recht fragwürdige Erscheinung. Tatsache ist, er fand sich eines Vormittags nach einer recht ausgedehnten Alkoholspritztour durch sämtliche Kneipen des Viertels sehr angesäuselt und animiert in einer berüchtigten Zuhälterdestille und zeigte, allzu unbedacht renommierend, seine mit Geldscheinen wohl gespickte Brieftasche herum. Herr Dietrich befand sich noch auf der Treppe der Destille, als er schon von zwei Stammgästen des ebrenwerten Lokals, den jetzt angeklagten Unterweltlern Karl Chorodowski und Peter Platte überfallen und seiner Brieftasche beraubt wurde. Später will dann Dietrich von Mitgliedern eines Ringvereins auf offener Strasse entführt und zu der Verpflichtung erpresst worden sein, die erstattete Anzeige wieder zurück zu nehmen. Diese seltsame Entführungsgeschichte des Baumeisters ist noch immer völlig ungeklärt.

"Wie sag' ichs meinem Vorsitzenden?"

Chorodowsky und Platte haben eine wildbewegte kriminelle Vergangenheit hinter sich. Besonders Chorodowsky ist ein Star seiner dunklen Branche, er ist wegen Raubes mit fünf Jahren drei Monaten Zuchthaus vorbestraft. Der hartgesottene Sünder zeigt eine nicht alltägliche Routine im Umgang mit Gerichtsvorsitzenden. Das ist kein Wunder, wenn man mit einem solch reichen Schatz von Erfahrungen aufwarten kann. Chorodowsky ist ein mittelgrosser breitschultriger Mensch alles an ihm atmet Gewalttätigkeit. Die vorspringende Kinnpartie und die immer kühlen und herrschten Augen des Verbrechers deuten darauf hin, dass Chorodowsky jeder Situation gewachsen ist.

Der zierliche Compagnon und "Al Capone".

Dagegen sieht sein Spiessgeselle Platte, der bereits 15 Vorstrafen hinter sich hat, fast zierlich aus. Er spricht schnell, hastig, manchmal fast mit einem Anflug von Humor und ist im übrigen von einer staunenswerten und vollkommenen Wurstigkeit. Auf eine Vorstrafe mehr oder weniger kommt es ihm offensicht-

lich nicht an. Besonders fällt noch ein Mann von ziemlich eckigen Manieren auf. Zwei harte brutale Augen bemühen sich ganz offensichtlich, möglichst friedlich und eigentlich mehr "seriös" drein zu schauen. Dieser Mann, der leise und etwas beiser mit hastigen Gesten auf seinen Nachbarn, einen Ringkollegen, einspricht, ist der "König des Schlesischen Bahnhofs", ein Mann, der auf den melodischen Namen Csymala hört und von phantasievollen Leuten, die dramatische Uebertreibungen lieben, auch manchmal als der "Al Capone des Berliner Südostens" bezeichnet wird.

"Immertreu" lässt fallen!

Eine besondere Rolle in der Sache Dietrich spielt der berüchtigte Verein "Immertreu", der schon manches Mal in Moabit ein Gastspiel gab. "Immertreu" sieht auf honorige Manieren und so hat er denn in weiser Voraussicht Chorodowski und Platte wegen Vergehens gegen die Vereinssatzungen aus dem Verein ausgeschlossen. Die beiden Vorsitzenden, die stattlichen und korpulenten Herren Fullich und Leib, die als Zeugen erschienen sind und beinahe so geschniegelt wie echte Syndici aussehen, wollen mit ihrer Aussage diesen Bannfluch, der zugleich den Verein rehabilitieren soll, bekräftigen.

Eine Sympathiedemonstration?

Für den Prozess sind mehrere Verhandlungstage angesetzt. Ueber die Gründe, die "Immertreu" zu dem immerhin überraschenden Schritt, Chorodowski und Platte fallen zu lassen, verlasst haben und die dem üblichen unbedingten Solidaritätsprinzip, das zu den wenigen sympathischen Erscheinungen dieser Unterweltsringe gehört, krass widerspricht, gibt es nur Vermutungen. Sehr gut unterrichtete Leute sind der Ansicht, dass es sich hier um eine Sympathiedemonstration für den Baumeister Dietrich handelt, der in den Ringvereinen als gerngesehener Gast galt und besonders zu "Immertreu" in den engsten und herzlichsten Beziehungen gestanden haben soll.

+ + +

Weissenberg vor Gericht!

Der Tod des Drogisten Wernicke und das Unglück der kleinen Hilde Hensicke - Aberglaube und Kurpfuschertum - Schimmelbort, Beschreien, Mazdaznan, Weisser Käse und böser Blick - Was hat der Goldfisch auf dem Bauch zu suchen?

SPD. Am kommenden Dienstag beginnt vor dem Strafergericht in Berlin-Moabit der mit Spannung erwartete Prozess gegen den "Propheten" Joseph Weissenberg der evangelisch-johannitischen Kirche. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung. Weissenberg wird beschuldigt, auf Grund seiner Behandlungen mit weissem Käse und allem möglichen Kräutern den vorzeitigen Tod des an einem Zuckerleiden erkrankten Drogisten Rudolf Wernicke aus Niederschönhausen bei Berlin herbeigeführt zu haben. Wernicke war selbst begeisterter Weissenberg-Anhänger und wollte nur vom "Meister" behandelt werden. Der Meister tat dies mit - Todeserfolg. Fachärzte sind indessen der Meinung, dass radikales Eingreifen mit Insulin und strengster Diät den Patienten hätte retten können, während die Behandlung mit weissem Käse natürlich das Leiden schleunigst verschlimmert hat. Verschiedene Säuren gerieten aus dem Käse in am Nacken entstandene Wunden: Blutvergiftung war die Folge. Als Wernicke ins Krankenhaus überführt worden war, kam Hilfe zu spät. Die Blutvergiftung hatte schon den ganzen Körper verseucht. Wernicke starb.

Der Käse=Doktor drückt sich.

Sofort nach dem Tode des Drogisten Wernicke erstattete das Krankenhaus Anzeige. Staatsanwaltschaft und Polizei nahmen die Ermittlungen auf, das sich Weissenberg aber sehr gut in den Maschen des Gesetzes auskannte, und es immer wieder verstand, sich selbst aus dem Ermittlungsverfahren auszuschliessen, dauerte es länger als ein Jahr, bis Anklageerhebung möglich war. Im Heranschleppen von Entlastungszeugen und Entlastungsgutachten verdient der Prophet wirklich den Namen "Meister". So meldete sich selbst die Witwe des Verstorbenen mit

mit der Aussage, dass sie ihrem Mann aus eigenem Entschluss den weissen Käse aufgelegt habe. Tatsächlich gelang es der Staatsanwaltschaft, Beweise dafür zu erbringen, dass der Prophet bei der betrüblichen Geschichte selbst seine ungeschickte Hand im gefährlichen Spiele hatte. Ausserdem besitzt die Staatsanwaltschaft unumstössliche medizinische Gutachten über die unmittelbare Einwirkung der Käsebehandlung auf den Gesundheits- bzw. Krankheitszustand des Drogisten Wernicke.

Ein Kind wurde blind!

Die Weissenbergsche Käsebehandlung ist in weitesten Volkskreisen bekannt. Leider wird sie aber nicht überall verlacht und verachtet, sondern hat im Gegenteil auch sehr viel Anhänger. Die Macht des Aberglaubens hat hier schon manche Katastrophe hervorgerufen und im übrigen - aber stets, wenn es zu spät war - auch schon manche Anzeige. Immerhin ist der bevorstehende Prozess der erste, in dem Weissenberg persönlich vor Gericht gestellt werden kann. Ausserdem wird sich an diese Verhandlung in absehbarer Zeit eine zweite anschliessen. Dieser zweite Weissenberg-Prozess hat zum Verhandlungsgegenstand die Anklage der Staatsanwaltschaft gegen Weissenberg wegen der im Sommer dieses Jahres erblindeten 16 Monate alten Landarbeitertochter Hildegard Hensicke aus Hohenfinow in der Mark. Das Kind war an einer normalen Augenentzündung erkrankt und hätte geheilt werden können. Aber statt beim Arzt Rat holten sich die Eltern bei Weissenberg Käse. Die Folge: das Kind verlor sein Augenlicht.

Es ist anzunehmen, dass im Zusammenhang mit den beiden Prozessen in Sachen Wernicke und Hensicke das gesamte Skandalproblem der über ganz Deutschland verbreiteten Fanatikersekte aufgerollt werden wird.

Gute Zeiten für Quacksalber.

Der Aberglaube, der so alt ist wie die Menschheit selbst, ist nicht auszurotten. Man hat an seine Stelle die Religion - den ideellen und ethischen Aberglauben - zu setzen versucht, man ist mit allen Waffen der Aufklärung gegen ihn zu Felde gezogen es hat nichts genützt. Unsre Zeit ist nicht weniger abergläubisch als das Jahrtausend vor Christus, und wir haben nur wenig vor dem finstersten Mittelalter voraus.

Nach dem Kriege, dessen Sinnlosigkeit der Masse unseres Volkes den Glauben an vieles, was vordem als unantastbar gegolten hatte, raubte und als vor allem der Priester und der Arzt gewaltig an Nymbus eingebüsst hatten - da schossen die neuen Sekten und Religionen, die Quacksalber und Eisenbarts wie die Pilze aus dem Boden und fanden ein Publikum von geradezu märchenhafter Dummheit und Gutgläubigkeit. In die Buden der Astrologen und Hellseher, der Kartenschlägerinnen und der Spiritisten, der Wundermänner und Weltheilande strömten alle, denen das Leben irgend etwas schuldig geblieben war und die die Schuld hier ausgezahlt zu erhalten hofften....

Die Hygiene-Ausstellung in Dresden, die kürzlich ihre Pforten geschlossen hat, legte daher mit Recht besonderes Gewicht auf die Bekämpfung des Aberglaubens. Sie zeigte die gangbarsten und bekanntesten alten und neuen Geheimmittel, Systeme, Praktiken und Heilmethoden, mit denen sauer verdientes Geld aus der Tasche des Gutgläubigen gezogen wird. Es ist gut, sich einmal die wichtigsten dieser gefährlichen Dinge vor Augen zu halten - nun, da einem der berüchtigsten Nutzniesser menschlicher Dummheit, dem Wunderdoktor und Sektengründer Joseph Weissenberg, der Prozess gemacht wird.

Die Kanone des Propheten.

Herr Weissenberg hat mit seiner Weisskäsemethode offenbar schon ganz hübsch Geld verdient. Vor den Toren Berlins besitzt er eine Villa; vor dem Eingang ist, komisch genug, eine Kanone aufgepflanzt. Wie die Heilungsmethode im einzelnen beschaffen ist, wird vermutlich der bevorstehende Prozess um den Tod des Drogisten Wernicke demonstrieren. Schon bei der Diagnose, der Krankheitserkenntnis, beginnt der Schwindel der Kurpfuscher. Der eine betrachtet den Nabel des Patienten, der andere schlägt in den Karten nach oder befragt den Kaffeesatz, der dritte stellt ein Horoskop, der vierte legt dem Kranken

einen Goldfisch auf den Bauch, lässt ihn einen weissen Zettel fünf Minuten in die Hand nehmen, betupft ihn - wie Zeileis - mit einer Geissleröhre, studiert ein Bild oder getragene Wäsche des Kranken, leuchtet ihm mit einer "indischen Wunderlampe" in den Rachen oder bindet ihm eine Nusschale mit Teig auf den Leib

"Heisse Sitzbäder im Hocksitz"

Dann beginnt die "Behandlung": Der Chiropraktiker will die "verschobenen Rückenwirbel" in Ordnung bringen, der Mazdaznan=Mann "erquickt ausatmend das Gedrüs" und predigt "heisse Sitzbäder im Hocksitz", die Scientisten schaffen's allein mit der Heiligkeit und Sündenfreiheit, der Magnetopath legt nur die Hand auf den Kranken. Reichere Kranke, die bequemer zu schröpfen sind, müssen natürlich kostspieligere Apparate kaufen: den "Avesgürtel", der in Wirklichkeit aus einer Reihe von Taschenlampenbatterien besteht, oder den "Sonnenätherstrahlenapparat" - ein gewöhnliches Brett mit Messingstiften.

Die Kurpfuscher=Industrie blüht und gedeiht, seit die Reichsgewerbeordnung von 1869 auch dem Nichtarzt die Ausübung der Heilkunde gestattet - es wird allerhöchste Zeit, dass dieses einer Kulturnation unwürdige Gesetz endlich aufgehoben wird; vielleicht bringt uns der Weissenbergprozess diesem Ziel näher.

Nicht durchs Schlüsselloch gucken!

Aber es gilt auch, gegen den traditionellen, vor allem auf dem Land eingewurzelten uralten Volks=Aberglauben zu Felde zu ziehen, der die sonderbarsten Heilmethoden vorschreibt. Da sollen Geschwüre durch Auflegen einer Kupfermünze geheilt werden, Ausschläge mit alten Lumpen; schimmeliges Brot sichert ein langes Leben, und ein Amulett bewahrt gegen den "bösen Blick" der Rothhaarigen oder Einäugigen. Auch die Verbote sind recht zahlreich: das "Beschreien" oder "Berufen" muss vermieden werden, Wöchnerinnen dürfen ihre Wäsche nicht wechseln, sonst bekommen sie eine Augenentzündung, Schwangere dürfen nicht in den Spiegel sehen, man darf sie nicht fotografieren, oder ihnen die Fingernägel schneiden.... -

Man mag einwenden, dass sich aus manchem scheinbaren Aberglauben ein neues Gebiet der Wissenschaft entwickelt hat: so war es, um die Jahrhundertwende, mit der Hypnose, und so war es auch mit der Homöopathie. Aber die Tatsache, dass der Arzt Hypnose und Homöopathie heute zu seinem Rüstzeug zählt, sollte uns davon überzeugen, dass die Wissenschaft niemals etwas ablehnt, dessen Kern sich nach sorgfältigster Prüfung als gut und richtig herausstellt. Vorher aber wollen wir lieber die Hände davon lassen und rücksichtslos gegen alle die einschreiten, die mit Leben und Gesundheit ihrer Nebenmenschen verantwortungslos Geschäfte betreiben.

+ + +
Bankraub in Berlin. Am Sonnabend vormittag drangen in Berlin zwei Bankräuber in die Filiale der Berliner Stadtbank in der Wilsnackerstrasse ein und raubten mit vorgehaltenen Pistolen den gesamten Bargeldbestand von etwa 14 000 Mark. Die Männer hätten Papiermasken vor den Gesichtern. Der eine der Eindringliche gab einen Schreckschuss ab. Beamte und Kunden befolgten gehorsam den Befehl "Hände hoch". Nach der Tat entkamen die Räuber. Für Ihre Ergreifung sind 3 500 Mark ausgesetzt.

+ + +
August Nogens begnadigt. August Nogens, der im sogenannten dritten Jakubowsky=Prozess am 14. April d. J. vom Schwurgericht Neu=Strelitz wegen Ermordung des kleinen Ewald Nogens zum Tode verurteilt worden war, wurde vom Staatsministerium in Mecklenburg=Strelitz zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

+ + +
500 000 Mark für eine Universität. Beim Rektoratswechsel der Leipziger Universität wurde eine Stiftung von 500 000 Mark durch den Dresdner Hermann Ilgen bekanntgegeben. Die Summe soll zur Errichtung einer Goethe=Halle anlässlich des Leipziger Goethe=Jubiläums im Jahre 1932 dienen. Das Jubiläum ist der Erinnerung an Goethes Studienzeit in Leipzig gewidmet.

+ + +

Meineidsanzeige gegen Frau von Oertzen. Nach Verkündung des Urteils im Altonaer Bombenlegerprozess wurde von den Verteidigern gegen die Belastungszeugin Frau von Oertzen Meineidsanzeige erstattet. Offenbar wird von dieser Anzeige eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Bombenleger erhofft. Für den zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilten Herbert Volck hat dessen Verteidigung Graf von der Goltz Berufung eingelegt.

Die Reichstagsdiebstähle. Aus der Reichstagsbibliothek wurde nicht nur, die Verfassungsurkunde von 1848/49 entwendet, sondern auch die einzige Reproduktion der Verfassungsurkunde, ausserdem wurden historische Karrikaturen und sexualwissenschaftliche Werke gestohlen.

Verhaftung in letzter Sekunde. Kurz vor Abgang des Flugzeuges nach München wurde am Sonnabend auf dem Frankfurter Flugplatz der Kassenbote einer Frankfurter Firma verhaftet, der mit einem Betrag von 16.000 Mark, die er eben bei einer Bank für seine Firma abgehoben hatte, flüchten wollte.

Aiello im Silbersarg. Joe Aiello, der berüchtigte New Yorker Bandenführer, der vor wenigen Tagen den Tod durch Erschiessen fand, wurde von den Mitgliedern seiner Bande prunkvoll beerdigt. Die Leiche ruht in einem etwa 12 000 Dollar Wert repräsentierenden Sarg aus Silber und Bronze. Da die Polizei auch für das Leben der weiteren Verbrecherfürsten fürchtet, hat sie den gefährdetsten von ihnen, George Moran, wider seinen Willen in Schutzhaft genommen.

Herrenloses Schiff. An der Mittelmeerküste bei Toulon wurde eine herrenlose Segeljacht aufgefunden, die in der Nähe von zwei gefährlichen Klippen umhertrieb. Man nimmt an, dass die Besatzung das Schiff in einem Rettungsboot verlassen hat und in den Wellen umgekommen ist.

Vom russischen Ausverkauf. Die Sowjet-Regierung bildet sich zwar sehr viel auf ihre Museumspflege ein, hat nichtsdestotrotz mit dem Verkauf kostbarer Gemälde alter Meister der Eremitage begonnen. Bilder von Eycks, Rembrandts, von Rubens, Frans Hals und van Dyck wurden an eine französische Kunsthandlung verschleudert.

Nachterstedt-Revision. Im Halberstädter Mordprozess, in dem der Bademeister Koch von der Anklage des Mordes an dem Bergwerksdirektor Kramer aus Nachterstedt wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden ist, hat der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht angemeldet. Bis jetzt belaufen sich die Kosten dieses Prozesses auf etwa 10 000 Mark.

Bestochener Nazi. Die Regierung von Mittelfranken hat den Nürnberger nationalsozialistischen Stadtrat Georg Gradl seines Amtes enthoben. Vorher war Gradl durch Oberbürgermeister Dr. Luppe schon als Pfleger des städtischen Plakatwesens abgesetzt worden. Gradl steht unter dem dringenden Verdacht der passiven Bestechung. Er soll in seiner Pfleregereigenschaft vom Pächter des städtischen Plakatwesens Geschenke im Gesamtwert von 2500 Mark angenommen haben. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Streicher und seine Presse entschuldigen Gradl's Vorgehen, indem sie behaupten, dass Gradl die Bestechungswerte der NSDAP zugeführt habe.



Gewerkschaftliche Bündnis

Nach dem Streik der Metallarbeiter.

Vor dem Frieden?

SPD. Der Berliner Metallarbeiterstreik ist beendet. Die krampfhaften Versuche der Kommunisten, ihn weiter zu führen, ändern nichts an dieser Tatsache. Die Ursache des grossen Kampfes, der Lohnkonflikt, ist jedoch noch nicht beseitigt. Die in der Vereinbarung der Parteien vorgesehene Schiedskommission von drei Unparteiischen soll diese schwere Aufgabe lösen. Ihre Entscheidung muss spätestens in der ersten Novemberwoche fallen. Wird diese Entscheidung den Frieden bringen?

Die Metallarbeiterschaft hat in ihrer Urabstimmung, in der sie sich gegen eine Weiterführung des Streiks aussprach, Mässigung, Zurückhaltung und Vertrauen bekundet. Es ist nicht leicht, 14 Tage lang zu hungern und dann die Entscheidung darüber, wofür gehungert wurde, sozusagen in fremde Hände zu legen. Wird das Vertrauen, das die Berliner Metallarbeiter gegenüber der Vereinbarung der Parteien an den Tag legten, gerechtfertigt werden? Wird die Entscheidung im Kollegium der drei Unparteiischen nach Recht und Gerechtigkeit ausfallen? In der Hand dieser drei Schiedsrichter liegen Krieg und Frieden. Ihre Verantwortung ist die denkbar schwerste. An der Spitze der vorgesehenen Schiedsstelle steht der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Auch seine politischen Gegner können ihm nicht Entschlusskraft und Mut absprechen. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der jetzt das von seinem Parteifreund Brauns fast zehn Jahre verwaltete Amt führt, hat sich dieser Tage sehr energisch gegen die Lohnabbaupsychose gewandt, die in Deutschland die Unternehmer erhitzt und die Arbeiter erregt. Wird Dr. Brauns mit dem ihm nachgerühmten Mut über die Lohnabbaupsychose hinweg einen Weg zur Verständigung bahnen?

Man darf wohl erwarten, dass auf keinen Fall der Fehler, der mit dem Fällen des alten, nunmehr erledigten, Schiedsspruchs begangen wurde, nun noch einmal gemacht wird. Der Fehler lag in der Ueberstürzung einer Entscheidung. Es war ein Spruch gefällt worden, der nach Lage der Dinge für die gesamte deutsche Lohnbewegung richtungsweisend werden musste, dass unter diesen Umständen ein reiner Lohnabbauschiedsspruch, d.h. ein enormer Lohnabbau ohne jede Berücksichtigung der zur Zeit noch schwebenden anderen Streitfragen wie Arbeitszeit und dergl. von der Arbeiterschaft restlos abgelehnt werden musste, war die selbstverständlichste Sache von der Welt; denn die Arbeiterschaft muss ja alle Vernünftigen und Einsichtigen auf ihrer Seite haben, wenn sie erklärt: wie kommen wir dazu, einen fertigen Lohnabbau hinzunehmen, ohne dass wir wissen, wie in grossen Umrissen die Lösung des Gesamtproblems d.h. die Entlastung des Arbeitsmarkts durch Preisabbau, durch Arbeitszeitverkürzung und - wo das wirklich unvermeidlich ist - auch durch Lohneinbussen aussieht?

Diese Umrisse der Lösung einer Schicksalsfrage sind auch jetzt noch nicht sichtbar. Nichts wäre deshalb verhängnisvoller, als jetzt, ähnlich wie bei dem erfreulicherweise zu den Akten gelegten alten Schiedsspruch, abermals die Entscheidung überstürzen zu wollen. Die Entscheidung im Metallkonflikt ist - immer wieder muss das hervorgehoben werden, keine rein lokale Entscheidung. Sie hat Bedeutung für ganz Deutschland. Aber eben deswegen ist Ueberlegung mehr als dringend geboten. Die Schiedskommission soll einen Spruch fällen. Aber damit ist nicht gesagt, dass unter allen Umständen jetzt schon eine Neuregelung der

Lohnfrage förmlich erzwingen muss. Unreife Früchte sind niemals gut. Die Entwicklung in der Preis- und Lohnfrage ist erst im Fluss. Die Dinge müssen ausreifen. Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum jetzt sofort und Hals über Kopf eine Entscheidung getroffen werden soll, für die die Vorarbeiten und Untersuchungen - wir verraten damit wohl kaum ein Geheimnis - keineswegs gründlich genug durchgeführt wurden. Ueberdies besteht keine der beiden Parteien darauf, dass jetzt sofort eine Endlösung getroffen werden soll. Die Arbeitgeber können sich Zeit lassen, denn das Geschäft in der Berliner Metallindustrie geht wahrlich nicht so schlecht, dass bis zur Entscheidung nicht noch ein paar Monate gewartet werden könnte. Die Weihnachtszeit ist vor allem für den Elektroartikel herstellenden Teil der Berliner Metallindustrie keine schlechte Zeit. Dazu kommt, dass die Eisenbahnaufträge ebenfalls Beschäftigung und Verdienst für einige Zeit gesichert haben. Auf der andern Seite brauchen die Arbeiter auf alle Fälle gerade jetzt beim Beginn des Winters alles andere eher als einen Lohnabbau. Der Beginn des Winters bedeutet immer grössere Ausgaben für den Haushalt und vor allem bei der Beschaffung von Winterkleidung. Der Dezember aber bringt, worauf von den Metallarbeitern wiederholt hingewiesen worden ist, infolge der Feiertage einen sehr empfindlichen Lohnausfall.

Unter diesen Umständen wäre es einfach Irrsinn, jetzt eine Entscheidung vom Zaun brechen zu wollen; denn je schneller, desto schlechter die Entscheidung. Nach dem Willen der Arbeitgeber allerdings soll der neue Spruch dem alten so ähnlich sein wie ein Ei dem andern. So etwas könnte aber nur dem Fass den Boden ausschlagen. Was der Arbeiter will, ist, dass er nicht einseitig durch einen rigorosen Lohnabbau allein die Last der Krise aufgehalst bekommt. Auch er sieht sehr wohl ein, dass auch er Opfer bringen muss. Worauf er aber mit Recht besteht, das ist seine Forderung, dass fair und mit offenen Karten gespielt wird, d.h. er will einigermassen übersehen können, was in der gesamten Lohn- und Preisfrage für beide Teile vermeidbar und unvermeidlich ist. Ein klares Bild hierüber besteht im Augenblick noch nicht. Deshalb sollte in der Berliner Metallindustrie nach unserem Dafürhalten zunächst einmal bis Ende Januar zu den bisherigen Löhnen weitergearbeitet werden. In der Zwischenzeit muss dann - nicht unter dem Druck bereits schwebender Schlichtungsverhandlungen - Lohn-, Preis- und Arbeitszeitfrage der Metallindustrie untersucht werden. Zu Beginn des neuen Jahres wird man in den mit der Arbeitsmarktentlastung in Zusammenhang stehenden grossen Streitfragen klarer sehen.

Erst Klarheit und dann aussprechen, was ist! Mag dann auch die Wahrheit für beide Teile noch so bitter sein, man wird sich eher mit ihr abfinden. Eine überstürzte Entscheidung kann auf keinen Fall zu etwas Gutem führen.

SPD. Zu den Berufsgruppen, die noch immer von der Krisenfürsorge ausgenommen sind, gehören auch die Land- und Forstarbeiter. Der Verbandsvorstand und Gauleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes haben deshalb auf ihrer dieser Tage in Stettin stattgefundenen Konferenz folgende Entschliessung angenommen:

"Die Konferenz hält es für untragbar, dass in einer Zeit aussergewöhnlicher Arbeitslosigkeit der Land- und Forstarbeiter diese Berufsgruppen von der Krisenfürsorge ausgenommen sind. Diese Ausnahme ist um so unberechtigter, als durch weitere Einschränkungen der Forstarbeiten in Staats- und Privatforsten die Arbeitslosigkeit immer noch an Umfang zunimmt. Das gleiche gilt für die Landarbeiter, die durch Rationalisierung und andere Ursachen in immer stärkerem Masse arbeitslos werden und langfristig arbeitslos bleiben. Die Konferenz fordert deshalb mit allem Nachdruck die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf die Land- und Forstarbeiter. Sie unterstützt ferner alle Massnahmen, die von der preussischen Regierung zur Frage der Arbeitsbeschaffung bei der Reichsregierung in Anregung gebracht worden sind. Im besonderen fordert die Konferenz weitgehende Ausschöpfung aller Arbeitsmöglichkeiten, die während der Wintermonate für die Forstarbeiter vorhanden sind".

SPD. Die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise und des erhöhten Steuerdrucks machen sich jetzt auch für die in den Getränkeindustriezweigen beschäftigten Arbeiter stark bemerkbar. In zahlreichen Brauereien wird nicht nur kurz gearbeitet, auch zahlreiche Entlassungen sind bereits vorgenommen worden.

Zu dieser Situation hat dieser Tage in Berlin eine Konferenz des geschäftsführenden Vorstandes und der Gauleiter des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter eingehend Stellung genommen. Dabei kam zum Ausdruck, dass besonders die Brauereien, deren Betriebe seit Jahren so durchrationalisiert sind, dass die Arbeiter zur Maschine wurden, weder kurz zu arbeiten, noch Entlassungen vorzunehmen brauchen. Die Arbeitgeber folgten bei ihren Abbaumassnahmen lediglich den Proklamationen der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber, um so den Lohnanteil am Produkt noch mehr zu senken. Merkwürdig müsse es berühren, wenn ausgerechnet die Brauereien, die bei jeder Gelegenheit über die gesunkene Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung klagen, trotz ihrer Gewinnerträge durch Entlassungen das Arbeitslosenheer noch vergrössern. Wenn irgendwo, dann sei bei den Brauereien eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur notwendig, sondern auch ohne Lohnkürzungen durchführbar. Soweit also die Brauereien mit weiteren Entlassungen droht, müsse eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit ohne Kürzung der geltenden Verdienste gefordert werden.

SPD. Bei den Banken geht man mit dem Plan um, Gehaltskürzungen für den gesamten Leitungsapparat, vom Vorstand abwärts bis zu den Oberbeamten, wirksam werden zu lassen, deren Ausmass sich von 5% bei den geringer bezahlten Oberbeamten bis zu 20% Kürzung bei den Vorstandsgehältern bewegen soll. Allem Anschein nach will man damit eine Kürzung der Gehälter der Tarifangestellten vorbereiten.

Demgegenüber wird im "Deutschen Bankangestellten", dem Organ des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, schon jetzt vor Provokationen gewarnt. So schreibt der freigewerkschaftliche Bankangestelltenführer Marx: "Wir warnen sowohl vor dem Plan selbst als auch davor, diese Warnung etwa auf die leichte Schulter nehmen zu wollen." Gewiss sei es zu begrüssen, wenn die Mamuteinkommen der Bankleiter auf ein ihren Leistungen und der allgemeinen Moral entsprechendes Niveau herabgesetzt werden. Darum kämpfe der Allgemeine Verband bereits seit zwei Jahrzehnten. Eine Senkung der Tarifangestellten-Gehälter sei etwas ganz anderes als die Kürzung von Einkommen, die bis zu dem Dreihundertfachen dessen gehen, mit dem der kleine Bankangestellte sein Leben fristen müsse. Was oben gerecht, billig und notwendig sei, werde unten zur schreienden Ungerechtigkeit. Derartige Herausforderungen werde die Bankangestelltenschaft jedenfalls nichtkampflös hinnehmen. Der Belegschaftsabbau habe bereits genug Zündstoff geschaffen. Ein Gehaltsabbau, wie ihn die Bankleitungen anscheinend erstreben, müsse eine Explosion hervorrufen.

SPD. Die grossen Mängel in der niederländischen Sozialpolitik kamen dieser Tage in der niederländischen Kammer im Anschluss an einen Bericht des sozialpolitischen Ausschusses zur Sprache. Das Arbeitsgesetz ist zehn Jahre nach seinem Inkrafttreten noch immer nicht auf alle Arbeiter ausgedehnt. Arbeitswochen von 70 bis 80 Stunden bestehen für die Zuidersee-Arbeiter, für Seeleute und Seefischer. Kinderarbeit kommt noch recht häufig vor; desgleichen Nachtarbeit von Frauen und Mädchen, vor allem in der Bohnensalzerei. In der Aussprache wurde die Regierung von den Linksparteien mit besonderem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass ihre Versuche, die gesetzliche Regelung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit weiter zu verzögern, unmöglich länger geduldet werden können.

Brotwucher oder nicht?

SPD. Bei der in den letzten Tagen abermals aufgerollten Frage der Ueberhöhung der Brotpreise ist wieder einmal die Verschiedenheit der Preise für das Brot in den einzelnen Wirtschaftsgebieten aufgefallen. Breslau hat z.B., nach dem Septemberbericht des Statistischen Reichsamts und pro Kilogramm, einen Brotpreis von 32 Pfennigen, Dresden und Hannover einen solchen von 35 Pfennigen. In Chemnitz zahlt man 37 Pfennige, in Hamburg, Dortmund und Königsberg zur Abwechslung 38 Pfennig. In der Reichshauptstadt muss man 39 Pfennige für 1 kg anlegen, in Mannheim und Lübeck aber 42, in Stuttgart und Karlsruhe 44, in Frankfurt 46, in Augsburg 48 und in München, vor der vor kurzem erfolgten geringen Ermässigung, 50 Pfennige. In Köln, das den höchsten statistischen Brotpreis aufweist, müssen 51 Pfennige geblecht werden. Köln ist auch unseres Wissens die erste Stadt, die eine gesonderte Ueberprüfung des Brotpreises für ihren Bezirk eingeleitet hat, was nur zur Nachahmung empfohlen werden kann.

Seitdem die Getreidepreise ins Rutschen gekommen sind, ist die Differenz zwischen den einzelnen Brotpreisen, die bis 50 % und mehr ausmacht, erbitterter Streitgegenstand. Die Untersuchungen dieser eigenartigen Erscheinungen blieben leider an der Oberfläche kleben. Einwendungen werden von den Interessenten einfach "wegbehauptet". Vor einigen Monaten unternahm nun Alois Brinkmeyer von der Reichsforschungsstelle für Landwirtschaftliches Marktwesen in den Blättern für Landwirtschaftliche Marktforschung eine Zergliederung des Brotpreises und zwar zerlegte er den Brotpreis in die aufgewandten Kosten für das Mehl und in den Zuschlag, den die Bäcker nehmen. Danach ergibt sich folgende interessante Aufteilung:

	<u>Brotpreis</u>	<u>Mehlpreis</u>	<u>Zuschlag der Bäcker</u>
	(in Pfennigen für 1 kg im Durchschnitt des Jahres 1929)		
Breslau	34	22	12
Dresden	38	25	13
Erfurt	39	25	14
Magdeburg	39	24	15
Berlin	41	22	19
Mannheim	42	25	17
Frankfurt a.M.	43	26	17
Krefeld	44	27	17
Essen	46	27	19
München	50	28	22
Köln	51	26	25.

Es ergeben sich hier geradezu bedenkliche Erscheinungen. Der Mehlpreis schwankt pro kg in den einzelnen Bezirken zwischen 22 und 28 Pfennigen. Dabei hat die Stadt mit dem höchsten Brotpreis, Köln, einen Mehlpreis von nur 26 Pfennigen, während z.B. Krefeld, das einen Mehlpreis von 27 Pfennigen hat, nur einen Brotpreis von 44 Pfennigen aufweist. Es kann als sicher unterstellt werden, dass der Mehlpreis die Verschiedenheit der Brotpreise nicht bewirkt. Hierfür ist ohne Zweifel der Bäckerzuschlag ausschlaggebend. Dieser schwankt zwischen 12 Pfennigen in Breslau und 25 Pfennigen in Köln. Die Differenz macht

hier mehr als 100 % aus. Dem entspricht, dass Breslau der Bezirk mit dem billigsten und Köln der Bezirk mit dem teuersten Brot ist.

Es ist müssig, auf den in der Vergangenheit geführten Streit einzugehen, inwiefern die Verschiedenheit der Unkosten in einzelnen Bezirken an der Verschiedenheit des Bäckerzuschlages beteiligt ist. Wir stellen nur fest, dass die Verschiedenheit so gross ist, dass sie in den verschiedenen Unkosten keine Erklärung finden kann, auch nicht in dem verschiedenen Material bzw. verschiedenem Brot. Aus der Reihe der von den Bäckern vorgebrachten Argumenten wollen wir aber nur eines erwähnen und zwar die Behauptung, dass die Unterschiede in den Betriebs- und Vertriebskosten pro Kilogramm Brot zu dem unterschiedlichen Zuschlag und Brotpreis führe. Nach der Aufrechnung der Bäcker schwanken die Betriebs- und Vertriebskosten pro kg Brot zwischen 3,72 Pfennigen in Breslau und 11,05 Pfennigen in Köln bzw. 13,01 Pfennigen in München. Wenn die Kölner und Münchener Betriebs- und Vertriebskosten auch nur annähernd zutreffend sind, müssten sämtliche Bäcker in Breslau, wo z.B. die Mieten und die Kohlenpreise nicht niedriger sind als in Köln, schon längst die Pleite gemacht haben.

Bleibt das Hauptargument der Bäcker: die hohen Löhne sind an den hohen Brotpreisen schuld. Wir gestatten uns, den Bäckermeistern folgende Tabelle zu unterbreiten, die dem Kopenhagener Statistische Departement entstammt und die auch dem beamteten dänischen Bäckereisachverständigen vorgelegen hat, ohne dass sie beanstandet wurde. Danach ergibt sich zwischen den Mehlpreisen im Grosshandel und dem Brotpreis je kg folgende Differenz:

	<u>Kopenhagen</u>	<u>Berlin</u>
	(Spanne zwischen Mehlgrosshandelspreis und Brotpreis je kg bei einer Backausbeute von 137 % in Kopenhagen und 133 % in Berlin, nach dem amtlichen Berliner Devisenkurs umgerechnet)	
März 1914	7,0	13,0
Januar 1928	8,1	21,7
April 1928	8,0	17,7
Juli 1928	9,0	21,4
Oktober 1928	8,2	21,9
Januar 1929	9,0	20,3
April 1929	9,5	20,2
Juli 1929	8,0	19,2
Oktober 1929	7,2	20,9
Januar 1930	7,3	21,8.

Diese einwandfreie Aufstellung gehört sicherlich zu den Unbegreiflichkeiten unseres Wirtschaftslebens. Die Sache wird aber noch eindeutiger, wenn man erfährt, dass die Bäckerlöhne in Kopenhagen im Jahre 1928 um volle 70 % und im Jahre 1929 um 50 % höher waren als in Berlin. Ein weiterer Kommentar ist wohl überflüssig.

SPD. Der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband teilt uns zu dem Verhältnis von Arbeitslöhnen zu Brot- bzw. Fleischpreisen u.a. folgendes mit:

"Im Bäckergewerbe bestehen nach der Feststellung des Bäckereinnungsverbandes 37223 Bäckereibetriebe, in denen keine Lohnarbeiter beschäftigt werden. Hier kommen lediglich Ausgaben für die Lehrlinge und für die sonstigen Hausangestellten in Frage, davon sind 17 561 Betriebe, die weder Gehilfen noch Lehrlinge beschäftigen. Für weit mehr als ein Drittel aller Bäckereibetriebe kommt eine Bezahlung von Löhnen überhaupt nicht in Frage. Dennoch muss festgestellt werden, dass es auch den ohne Gesellen arbeitenden Betrieben nicht einfällt, ihre Brot- und Backwaren billiger abzugeben. Ausser diesen Betrieben ist eine grosse

Anzahl Kleinbetriebe vorhanden, die grundsätzlich die tariflichen Lohnvereinbarungen nicht beachten und denen es nicht einfällt, ihren jungen Gehilfen die Tariflöhne zu bezahlen. Darüber können die Arbeitsgerichte sehr gut Auskunft geben.

Wie im Bäckergerwerbe so liegen auch die Verhältnisse im Fleischergewerbe. Hier ist ebenfalls die Zahl derjenigen Betriebe, die ohne Gesellen arbeiten, gross, hier trifft ebenfalls zu, dass die Unternehmer tarifliche Löhne nicht beachten. Lohnrückerei und Lohnraub steht in den beiden Berufen besonders vom Kleinkrautertum an der Tagesordnung. Hinzu kommen weiter die tagtäglich erfolgenden Uebertretungen der Arbeiterschutzgesetze. Die Ueberstundenschufterei ist in den Kleinkrauterbetrieben ohne jede Bezahlung auf der Tagesordnung und diejenigen, die sich weigern über die gesetzliche oder tariflich zulässige Arbeitszeit zu arbeiten, werden auf das Strassenpflaster geworfen.

Sehen wir uns demgegenüber die wirtschaftliche Lage der Unternehmer in diesen Berufen an. Wiederum nach Feststellungen des Bäckermeister Innungsverbandes sind 75 % aller im Reiche vorhandenen Bäckermeister Hauseigentümer. Die Zahl der Hausbesitzer ist in der Nachkriegszeit bei diesen Unternehmern rasch angestiegen. In gleicher Weise kann die Beobachtung im Fleischergewerbe gemacht werden. Trotzdem in beiden Berufen der familienwirtschaftliche Betriebscharakter stark vertreten ist, ist die wirtschaftliche Lage der Unternehmer weit günstiger als in allen anderen handwerksmässigen Berufen. Die Konkurse haben in der Nachkriegszeit viel stärker abgenommen, wie die Konkursstatistik beweist. Bedeutende Aufwendungen konnten im Bäcker- und Fleischergewerbe hinsichtlich der technischen Ausgestaltung der Betriebsräume und der Verkaufsstellen gemacht werden. Das kann aber nur möglich sein, wenn gut verdient wird.

Bei der Preissenkungsaktion bemühen sich die Unternehmer mit allen Raffinessen, ihre überhöhte Gewinnspanne zu erhalten. Arbeiter und Lehrling sollen die Leidtragenden sein. Es wird bereits Propaganda für die Beseitigung des gesetzlichen Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit eingeleitet und der Nachweis zu erbringen versucht, dass dieses Schutzgesetz die Entwicklung zum Bäckerei-grossbetrieb hindert. Auch mit der durch nichts bewiesenen Behauptung, dass das Nachtbackverbot die Herstellung eines qualitativ guten Brotes unmöglich mache, wird jetzt wiederum krebsen gegangen. Demgegenüber ist festzustellen: Seit dem Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit hat die technische Entwicklung der Bäckereibetriebe einen solchen rapiden Aufstieg zu verzeichnen wie in keiner Zeitperiode der ständigen Nacht- und Sonntagsarbeit.

Gewiss besteht die Möglichkeit zur Senkung der Brot- und Fleischpreise, sie kann durch Kürzung der überhöhten Unternehmergewinne erfolgen."

SPD. Uns wird geschrieben: "Der Brotpreis hätte in Deutschland niemals in dem bedenklichen Masse übersteigert werden können, wie das leider der Fall ist, wenn die Bäcker ihr Brot nach Gewicht verkaufen würden. Indem man das Brotgewicht aber verändert und der Brotpreis stabil gehalten wird, verliert der Käufer jede Kontrolle über den Preis.

Dieser Trick stammt - als Kuriosum sei das hier angeführt - aus den Hungerrevolten des Revolutionsjahrs 1848. Auch damals protestierten die hungernden Massen gegen den zu hohen Brotpreis. Die Regierung des Preussenkönigs Friedrich Wilhelm IV. wusste sich zu helfen. Sie bestimmte einfach, dass der Brotpreis in Zukunft nicht mehr erhöht werden dürfe. Die Folge war, dass der Brotpreis festblieb; das Gewicht aber schwankte. Also wurde lustig darauf losgewuchert und man konnte noch mehr wuchern als früher, weil der Bevölkerung die Möglichkeit einer Preiskontrolle durch diesen Trick genommen war.

Was 1848 äusserst radikal und sozial erschien, nämlich das Verbot einer Preiserhöhung, musste 1930 revidiert werden, weil es dem Brotwucher Tür und Tor öffnete, weil es ein Krebschaden unserer Wirtschaft geworden war und sich

höchst unsozial auswirkte. So entstand die Forderung, das Bäckergewerbe zu verpflichten, sein Brot nach Gewicht zu verkaufen. Dadurch wollte man die seit fast einem Jahrhundert abgekommene Preiskontrolle im Brothandel wieder einführen. Für diese Forderung setzte sich besonders die Sozialdemokratie im Reichstag ein. Das von der Regierung seinerzeit vorgelegte Brotgesetz sah auch diese Bestimmung vor. Sie wurde aber unter Führung der Mittelständler, also der in der Wirtschaftspartei vereinigten Gruppen, und merkwürdigerweise mit Unterstützung der Deutschnationalen, die im Interesse der Landwirtschaft alle Ursache hatten, dafür zu stimmen, abgelehnt. Erst bei der Beratung des Vermahlungszwanges gelang es der Sozialdemokratie, diese Bestimmung durchzuführen und zwar handelte es sich hier um eine Art Ueberrumpelungssieg, da im entscheidenden Augenblick die Mittelständler im Plenum des Reichstages nicht vollzählig waren.

Nun ist die Bestimmung, dass das Brot nur nach Gewicht verkauft werden soll schon einige Monate in Kraft. Leider merkt man nichts von den Auswirkungen dieses Gesetzes und zwar deshalb nicht, weil das Gesetz so gut wie gar nicht durchgeführt wird. Soweit wir feststellen können, halten sich nur die Konsumgerossenschaften an die gesetzliche Bestimmung. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine musste vor einiger Zeit durch sein Vorstandsmitglied Vollrath Klepzig auf diese eigenartige Tatsache hinweisen. In diesem Zusammenhang fragen wir nochmal: Soll die Bestimmung des Verkaufs von Brot nach Gewicht von den privaten Bäckern und Brotfabriken sabotiert werden? Sind wir in Deutschland schon so weit gekommen, dass Gesetze nur für die einen zu gelten und für die anderen nicht zu gelten haben? Stehen in Deutschland Gesetze, die unserer wirtschaftlichen Gesundheit dienen sollen, nur auf dem Papier?

Insbesondere richtet sich diese Frage an den Reichsernährungsminister Schiele, der leider während der in den letzten Tagen gepflogenen Verhandlungen um die Verbilligung der Brot- und Fleischpreise als krank gemeldet, abwesend war. Die Forderung nach Verkauf von Brot nach dem Gewicht wird auch in landwirtschaftlichen Kreisen ohne Ausnahme stark propagiert, weil man sich mit Recht davon eine Förderung des Getreideverbrauchs verspricht. Hier liegt wirklich eine Möglichkeit vor, den Getreideverbrauch zu heben. Will der Reichsernährungsminister Schiele nicht einmal hier nach dem Rechten sehen? Es ist wirklich notwendig; auch wird man in der Landwirtschaft die bisherige Passivität des Herrn Schiele wohl nicht verstehen".

SPD. Entsprechend der Wirtschaftsentwicklung hat der Verkehr bei der Reichspost im zweiten Vierteljahr 1930 nachgelassen. Die Einnahmen machen 552,1 Millionen Mark aus, denen Ausgaben in Höhe von 585,5 Millionen Mark gegenüberstehen. Im Berichtsvierteljahr konnten 17 000 neue Rundfunkteilnehmer gewonnen werden, womit die Gesamtzahl auf 3 241 725 steigt. Rechtskräftig verurteilt wurden 217 Schwarz Hörer.

SPD. Dresden, 1. Nov. (Eig. Drahtber.)

Die Dresdener Bäcker und Brotfabriken haben beschlossen, ab Montag den Preis für 4 Pfund Brot 1. Güte von 70 auf 68 und für 4 Pfund Brot 2. Güte von 66 auf 64 Pfennig zu ermässigen.

SPD. Nach einer vorliegenden Meldung ist bei dem Hoeschkonzern mit einem Rückgang der Dividende im Ausmass wie beim Kölcknerkonzern zu rechnen. Das würde eine Heruntersetzung der Dividende von 7 auf 6 % bedeuten.

Ende der Preistreiberei?

(Berliner Getreidebörse vom 1. November.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse trat am Sonnabend ein vollständiger Umschwung in der Tendenz ein. Schon die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lagen für Roggen und Weizen etwa 2 Mark niedriger, um sich im Verlaufe der Börse noch um weitere 2 Mark abzuschwächen. An effektivem Brotgetreide hat sich das Angebot der Landwirtschaft stark vermehrt, da man nach den letzten Preissteigerungen sich offenbar die jetzigen guten Preise sichern möchte. Auf der anderen Seite haben jedoch die Mühlen in den letzten Tagen ziemlich starke Eindeckungen vorgenommen, sodass im Augenblick kein grosser Bedarf mehr besteht. Demzufolge mussten auch hier die Preise weichen. Das Mehlgeschäft ist wieder vollkommen ins Stocken geraten. Die letzten Preise liessen kaum erzielen. Hafer hatte eine ruhigere Tendenz bei sehr geringer Kauflust.

	<u>31. Oktober</u>	<u>1. November.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	235 - 237	234 - 236
Roggen	149 - 151	147 - 140
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industriegerste	165 - 176	165 - 176
Hafer	141 - 151	141 - 150
Weizenmehl	27,75-36,50	27,75-36,50
Roggenmehl	23,75-26,75	23,75-26,75
Weizenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75
Roggenkleie	6,75- 7,25	6,75- 7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 254,50 - 252,50
März 272 - 270. Roggen Dezember 171 - 169. März 186,50 - 185,50. Hafer Dezember 156 - 155, März 169 - 167,50.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 1. November: I. 137 Mark, II. 125 Mark, III. 109 Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

SPD. Die Pariser Börse hat zurzeit genau so schlechte Zeiten wie alle Weltbörsen zu bestehen. Ihre Kurse sinken wie überall von Tag zu Tag. Dennoch ist in Paris beschlossen worden, eine umfassende Vergrösserung dieses Institutes vorzunehmen. Das Unternehmen wird 100 Millionen Franken kosten, die im Anleihewege aufgebracht werden. Die Pläne sind so gestaltet, dass die Schönheit des streng klassizistischen Tempels nicht zerstört wird. Man will, besonders in der Vorder- und Rückseite, die Aussenmauern mit den Säulenkollonaden ein grosses Stück vorschieben, um so im Innern Platz zu bekommen. In den Keller soll ein grosser mit Oberlicht versehener Saal eingebaut werden.